

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassafache Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altenborn, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 73 Bad Schandau, Montag, den 28. März 1927 71. Jahrgang

Sür eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz wird Anfang der Woche nunmehr der Aufhebung der Militärkontrolle über Ungarn zustimmen, nachdem die Kleine Entente ihr Widerstreben aufgegeben hat.
* Das Echo de Paris will wissen, daß die französische Regierung entgegen dem von Briand geäußerten Wunsch, keinen Beobachter zu der von Coolidge geplanten Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen entsenden wird. Diese Bemerkung des Echo de Paris zeigt wieder einmal deutlich, welche Schwierigkeiten der Briand'schen Außenpolitik von den reaktionären Mitgliedern der französischen Regierung ständig in den Weg gelegt werden.
* Nach Funkpruch aus Pointe à Pitre (Guadaloupe) ist dort der italienische Weltflieger de Pinedo mit seinem Wasserflugzeug wohlbehalten eingetroffen. Er erklärte, daß er Mitte nächsten Monats wieder den Atlantischen Ozean überqueren werde. Am 22. oder 23. April glaube er, wieder in Rom zu sein.
* Die Pariser Blätter berichten aus Genf, daß nach in Völkereisen vorliegenden Meldungen Argentinien offiziell in der nächsten Vollversammlung im September seinen Platz im Völkereisen wieder einnehmen werde.

Es handelt sich im einzelnen um die Erfassung sämtlicher Franzosen — einschließlich Frauen und Kinder — aller wirtschaftlichen und geistigen Hilfskräfte, um die reifliche Durchorganisation der Wirtschaft, um die Einstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, die Regelung von Arbeit und Fürsorge und die Schulung und Berechtigung des Volkes, besonders der männlichen Jugend, im Frieden für den Kriegsfall. Zur Kennzeichnung beispielsweise der Erfassung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes sei angeführt, daß der Gesandtschaft jenen französischen Petroleumimporteure verpflichtet, ein Viertel der im jeweiligen letzten Jahr eingeführten Erdölmenge und ihrer Nebenprodukte für die Landesverteidigung auf Lager zu halten. Der Kriegsminister ist zur 30jährigen Pacht der Schwefelsäurefabriken von Sorgues und zu ihrer Verwertung für die Pulver- und Sprengstoff-Fabrikation ermächtigt. Die Regierung ist schon in Friedenszeiten zur Enteignung jedes für den Krieg geeigneten Patentes berechtigt. Jede französische Fabrik erhält schon im Frieden ihre eingehende Mobilmachungsvorschrift, deren jährliche staatliche Nachprüfung erfolgt. Jedes französische Ministerium hat seinerseits für sein Arbeitsgebiet ausführliche Mobilmachungspläne aufgestellt. Dem Studium der ständigen vervollkommen der wirtschaftlichen Mobilmachung widmet sich die sogenannte Studiengruppe der Reserveoffiziere, die sich aus Ingenieuren, Architekten, Chemikern usw. zusammensetzt und deren Tätigkeit Loucheur in der Kammer umschrieb: „Diese Leute haben sich geschworen, alles daran zu setzen, um eine Wiederholung solcher traurigen Zustände zu verhindern, wie sie am Anfang des Weltkrieges bestanden. Sie wollen, daß die gesamte Nation im Kriegsfall gerüstet dasteht.“
Schon ein kurzer Ueberblick über die als „Abrüstung“ ausgegebene Reform des französischen Heeres zeigt den tatsächlichen Hintergrund der Verkürzung der französischen Dienstzeit. Frankreich gibt mit seiner Heeresreform das Muster für eine in der Geschichte aller Völker und Zeiten beispiellose Einstellung einer Großmacht auf den Krieg.

Die Lage in China.

Shanghai. Die Sowjetflagge weht über der Nordstation von Shanghai, dem Endpunkt der Shanghai-Nanking-Bahn. Unter den Arbeiterverbänden in den chinesischen Städten in der Umgegend von Shanghai herrscht lebhafteste Tätigkeit, und alle Verbände werden jetzt von den Radikalen beherrscht. Der Generalkrieg der Arbeiter in Shanghai ist, wie die Chinesische Nachrichtenagentur meldet, beendet worden. Alle Schulen und Geschäfte sind wieder geöffnet. Der oberste Führer der Kantontuppen, General Chiang-Kai-Shek, verlangt von den fremden Mächten Befestigung aller Barikaden um die internationalen Niederlassungen.

Der kantonesische Oberbefehlshaber warnt Amerika.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, hat der kantonesische Oberbefehlshaber Tchang-Kai-Shek in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Nanking nur örtlichen Charakter getragen hätten. Es sei bedauerlich, daß sich die Amerikaner von den Engländern in die Nanking Angelegenheiten hineingeworfen hätten. Die Vereinigten Staaten sollten sich hüten, sich von England in eine ungünstige Situation in China hineinzuverwickeln zu lassen, sonst würden sie sich bald in derselben ungünstigen Lage in China befinden, wie England selbst. China sei sich der Macht wirtschaftlicher Repressalien wohl bewußt; das Problem der ungleichen Verträge wolle China nicht mit Waffengewalt, sondern im geeigneten Augenblick mit diplomatischen Mitteln zur Lösung bringen.

Die Lage auf dem Balkan.

Untersuchungskommission oder nicht?
Über die Lösungsmöglichkeiten des italienisch-jugoslawischen Konflikts sind die Meldungen noch immer widersprechend. Während man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht ist, daß eine direkte Einigung zwischen Rom und Belgrad alsbald zu erwarten ist und sich demgemäß die Entsendung einer internationalen Militärkontrollkommission erübrigen würde, wird von Pariser Blättern die Nachricht verbreitet, daß der jugoslawischen Regierung offiziell der Vorschlag zur Entsendung einer Untersuchungskommission gemacht werden soll. Dieser Ausschuss soll ermächtigt sein, auf beiden Seiten der jugoslawischen Grenze Feststellungen zu machen. Er soll aus deutschen, englischen und französischen Vertretern, sowie italienischen und südslawischen Beobachtern zusammengesetzt sein.
Briand habe der jugoslawischen Regierung bereits auf diplomatischem Wege auseinandergesetzt, daß der Gedanke der Entsendung eines vom Völkereisen einzusetzenden Ausschusses die Einberufung des Völkereisen erforderlich machen und so die Liquidierung der jugoslawisch-italienischen Krise hinauszuverschieben würde. Im übrigen erwartet „Matin“, daß die italienische Regierung gegen die vorgesehene Art der Regelung keinen Widerspruch erheben werde; daselbe behauptet „Petit Journal“ von der jugoslawischen Regierung. Nach dem „Petit Parisien“ soll jede Nation zwei Vertreter in dem vorgegebenen Unterausschuss haben, nach dem „Petit Journal“ sogar deren drei.
Die Pariser Presse veröffentlicht ferner eine römische Depesche, die besagt: Für Italien bestehen keine Gründe, sich dem vorgeschlagenen Verfahren zu widersetzen, obwohl es offenbar ist, daß eine internationale Enquete ein ziemlich langsames Kontrollmittel bildet und in der Zwischenzeit die beanstandeten militärischen Maßnahmen ausgesetzt oder aufgehoben werden können. Auf alle Fälle wird Italien in loyaler Weise an der Untersuchung teilnehmen und zufrieden sein, daß es durch sein Vorgehen Albanien zum mindesten vorübergehend vor einem Sandstreich von außen her bewahrt hat.

Neue Schwierigkeiten bei der Beilegung des Adria-Konfliktes.

Paris, 27. März. In französischen diplomatischen und politischen Kreisen ist man heute übereinstimmend der Ansicht, daß die zwischen den Regierungen eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Adria-Konfliktes an einem toten Punkt angelangt sind. Die neuen Schwierigkeiten seien daraus zurückzuführen, daß nach italienischer Ansicht eine Untersuchungskommission gar keinen Zweck hätte, da die Jugoslawen inzwischen die nötigen Vorkehrungen getroffen haben würden, um Italiens Behauptungen als haltlos hinzustellen. Diese italienischen Bedächtigungen hätten die Belgrader Regierung von neuem veranlaßt, darauf zu bestehen, daß die Untersuchungen auch jenseits der jugoslawischen Grenze durchgeführt werden müßten und zwar allein durch eine Kommission des Völkereisen.

Amerikanische Truppenverfügungen für China.

New York, 27. März. Der amerikanische Oberkommandierende in China, Williams, hat 1500 Mann Marinetruppen für Shanghai angefordert. Sie sind heute sofort eingeschifft worden. In Virginia stehen 3000 Mann Marinetruppen, in Kalifornien 800 Mann für China alarmbereit.

Die ausländischen Truppen in Shanghai in höchster Gefahr.

London, 27. März. Wie aus Shanghai gemeldet wird, liegen alle ausländischen Truppenkontingente an den Grenzen der internationalen Niederlassung nach wie vor in höchster Alarmbereitschaft, da trotz der äußeren Ruhe, die in Shanghai eingezogen ist, mit dem nationalen Fanatismus der Kantonesen gerechnet wird. Man rechnet immer noch mit einem kantonesischen Ueberfall auf die ausländischen KonzeSSIONen, der, wenn er Erfolg haben würde, bei dem Ausländerhaush der kantonesischen Soldaten leicht zu einem Massaker unter den Ausländern führen könnte. In den ausländischen Kreisen Shanghais begrüßt man sehr das Eingreifen der Amerikaner. Aus Kalifornien sollen allein 28 amerikanische Bomberflugzeuge nach China unterwegs sein. Bei der Befreiung von Nanking sind auch zwei französische Untertanen umgekommen.

Die französische Niederlassung in Shanghai nicht verteidigungsfähig.

Ein Hilferuf an die Pariser Regierung.
Nach einer Pariser Meldung hat der französische Konsul in Shanghai dem Marineministerium einen Funkpruch zugehen lassen, in dem er erklärte, daß er nicht über die genügenden Hilfsmittel verfüge, um die französische KonzeSSION wirksam gegen etwaige Angriffe zu verteidigen. In dem gleichen Funkpruch, über dessen vollständigen Inhalt übrigens das strengste Stillschweigen bewahrt wird, wird der französischen Regierung mitgeteilt, daß nach einer diplomatischen Konferenz in Shanghai beschlossen worden ist, die angelsächsischen Truppen in keinem Falle an der Verteidigung des französischen KonzeSSIONsgebietes teilnehmen zu lassen, da die Ausdehnung und die geographische Lage der französischen KonzeSSION eine wirksame Verteidigung unmöglich machten. Sofort nach diesem Beschluß haben die Engländer zwischen der internationalen Siedlung und dem französischen KonzeSSIONsgebiet Schützengräben aufgeworfen und Maschinengewehre in Stellung gebracht.
Ueber die diplomatische Konferenz berichtet man aus London, daß der Brite des französischen Konsuls in Shanghai um Hilfeleistung bei der Verteidigung der französischen KonzeSSION vom Kommandeur der englischen Streitkräfte General Duncan entsprochen worden sei unter der Bedingung, daß dann das gesamte Gebiet unter sein Oberkommando gestellt werde. Diese Bedingung habe der französische Konsul jedoch abgelehnt.

Neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen.

Warschau. Im Außenministerium ist ein neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen unterzeichnet worden, das den Verkehr im polnischen Korridor regelt. Deutscherseits unterzeichneten das Abkommen Gesandter Rauscher und Geheimrat Karl Schulz.

Frankreich — das Volk in Waffen.

Von Carl Cranz, Berlin.
Die französische Kammer hat kürzlich bekanntlich mit 500 gegen nur 31 Stimmen den Gesetzentwurf über die „Organisation der Nation für den Kriegsfall“ angenommen. Der verhältnismäßig schwache Widerhall dieser hochbedeutsamen Tatsache in der deutschen Presse läßt kaum darauf schließen, daß mit der Annahme dieses vierten und letzten Gesetzes der großen sogenannten „Loi Letzchen“ Heeresreform die weitestgehende Militarisierung einer Großmacht im Frieden durchgeführt ist, die die Geschichte der Völker aufweist, und die nur in gewissem Maße vergleichbar ist mit der Anspannung aller Kräfte der Völker während des Weltkrieges. Tatsächlich hat der mit überwältigender Mehrheit durchgebrachte Gesetzentwurf, dessen Erörterung in der Kammer eine für uns Deutsche erstaunliche Geschlossenheit aller Parteien in der Frage der Landesverteidigung bewies, die Worte des „Tschekischen Legionärs“ über den Gesetzentwurf bewahrt: „Er befaßt sich nicht mit Kleinigkeiten, sondern mit der Umformung Frankreichs aus dem Rosenerneer in ein bewaffnetes Volk.“
Selten hat jemals eine Staatsleitung so meisterhaft die Wünsche ihrer Öffentlichkeit mit den von ihr für erforderlich erachteten und tief einschneidenden staatlichen Notwendigkeiten zu vereinigen gewußt, wie die französische Regierung. Die Wünsche der französischen Öffentlichkeit zielten auf Herabsetzung der militärischen Dienstzeit hin. Als staatliches Erfordernis galt der französischen Staatsleitung nach den Erfahrungen des Weltkrieges nicht nur die Bereitschaft der Armeesoldaten, sondern auch die des Volkes bis in das letzte Dorf und die denkbar weitestgehende Mechanisierung von Mensch und Material zum Ausgleich des immer bedrohlicher werdenden Rückganges der Geburtenziffer. Der geschickte Ausgleich dieser Gegenkräfte brachte außerdem für die Regierung die nicht zu unterschätzende Möglichkeit mit sich, dem eigenen Volk, wie der Außenwelt, erneut Frankreichs „aufrichtigen Friedenswillen“ zu betonen, der sogar die bereits seit 1914 von 3 Jahren auf 18 Monate herabgesetzte Dienstzeit abermals um ein halbes Jahr kürzte, also die Dienstzeit auf ein Jahr festsetzte. Gegenüber dieser für die französische Öffentlichkeit tatsächlich wichtigen und im Vordergrund stehenden Entlastung tritt der Ausgleich auf der anderen Seite zu nächst weniger in die Erscheinung, ist aber umso tiefergreifender.
Der Vater der neuen französischen Reformgesetze ist Serlots fernerzeitiger Kriegsminister Nollet. Nachdem alle Versuche einer durchgreifenden Umorganisation des französischen Heeres an dem Widerstand der bisherigen Kammermehrheit und angesichts des Nubrenbruchs und der französischen Kolonialkämpfe scheiterten, konnte Nollet im April 1925 die ersten Reformvorschlüsse veröffentlichen, deren Grundzug die organisatorische Trennung der Truppe von der Mobilmachung ist, die also einen Bruch mit der Vorkriegsmethode der untrennbaren Einheit dieser beiden Gebiete bedeutet. Erst Nollets Nachfolger Painlevé brachte am 29. Januar 1926 Einzelheiten des Gesetzentwurfs heraus, die am 12. und 13. November 1926 als Gesetze über die neuen Effektivistärken, die Gliederung des Heeres und seine Rekrutierung eingebracht wurden. Als unerlässliche Bedingungen für die Herabsetzung der Dienstzeit forderte der Entwurf die Aufstellung neuer weitgehender Mobilmachungspläne, die der Truppe die Last der gesamten Mobilmachung nehmen und zwanzig neuen militärischen Mobilmachungsbehörden (Centres de mobilisation) übertragen, die Erhöhung des aktiven Heeresbestandes von 76 000 auf 105 000 Kapitulanten, die Neueinstellung von 15 000 Militär- und 14 000 Zivilbeamten und eine erhebliche Verstärkung der Gendarmen durch eine besonders bewegliche sogenannte „garde republicaine mobile“.
Die Einziehung der Rekruten erfolgt im Mai und November. Man ist damit in der Lage, immer nur die Hälfte der ausgebildeten Mannschaften durch neue zu ersetzen und so eine möglichst geringe vorübergehende Schwächung des aktiven Bestandes zu erreichen. Der wehrfähige und ausgebildete Franzose bleibt nach seiner einjährigen Dienstzeit 3 Jahre in der Bereitschaft, 16 Jahre in der ersten und 8 Jahre in der zweiten Reserve. Da das wehrfähige Alter von 20 auf 21 Jahre heraufgesetzt ist, scheidet er mit 49 Jahren aus der militärischen Dienstpflicht aus.
Die Fülle der neuen Mobilmachungsmaßnahmen, die Frankreichs zusammenhängendes Mobilmachungsnetz bilden werden, können im Rahmen eines Aufsatzes nur angedeutet werden.